



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Kein CCS in Schleswig-Holstein und deutschen Küstengewässern in der ausschließlichen Wirtschaftszone“ (Drucksache 20/615 (neu))

### **Wissenschaftliche Erkenntnisse zu CCS berücksichtigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur im Juni 2022 in Drucksache 20/24 beschlossenen Ablehnung von CCS in Schleswig-Holstein. Außerdem bekennt sich der Landtag zum Ziel, spätestens bis 2040 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, sind massive Anstrengungen zur Emissionsminderung und -vermeidung erforderlich. Derartige Maßnahmen haben höchste Priorität.

Dennoch gibt es einige Bereiche, in denen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2040 nicht gänzlich vermeidbar sind. Über diese besonders schwer zu dekarbonisierenden Bereiche gilt es mit wissenschaftlicher Expertise zu ermitteln, welche konkreten Bereiche dies betrifft. Für diese Analyse darf der Maßstab nicht die Bereitschaft einzelner Wirtschaftssektoren zur Dekarbonisierung sein.

Sowohl für unvermeidbare Restemissionen als auch für Negativemissionen sind darüber hinaus jedoch weitere Maßnahmen erforderlich. Die Landesregierung wird gebeten, die Potenziale der natürlichen Senken unseres Landes für den Klimaschutz zu erschließen, etwa im Bereich der Renaturierung von Mooren und durch

Aufforstung. Dieser sogenannte natürliche Klimaschutz liegt im öffentlichen Interesse und muss weiter mit aller Kraft forciert werden.

Zusätzlich zu diesen sogenannten „Nature Based Solutions“ werden in der Klimawissenschaft auch technische Ansätze diskutiert. Der Weltklimarat beschreibt schon länger die Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus der Luft oder aus unvermeidlichen Restemissionen und ein anschließendes Recycling, sowie die unterirdische, dauerhafte Speicherung als wichtige Optionen zur Erreichung der Klimaziele. Dies bestätigt auch der im letzten Jahr durch die Bundesregierung beschlossene Evaluierungsbericht zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG), mit dem betont wird, dass zum Erreichen der Klimaziele CCU (Carbon Capture and Utilization) und CCS (Carbon Capture and Storage) notwendig seien.

In der Nordsee wird die CCS-Technologie seit über 20 Jahren von mehreren europäischen Nachbarstaaten angewendet oder erforscht. So speichern Norwegen und die Niederlande CO<sub>2</sub> unter dem Meeresboden, in Island wird an der Speicherung in fester Form gearbeitet. In den nächsten Jahren sollen weitere Projekte in der dänischen und englischen Nordsee folgen. Auch die wissenschaftlichen Studien des IfM GEOMAR kommen zu der Einschätzung, dass CO<sub>2</sub> außerhalb der 12 Seemeilenzone in mindestens 80 m Wassertiefe, 2-3 Kilometer unterhalb des Meeresbodens in Sandstein verpresst werden, und dadurch dauerhaft gespeichert werden könnte. Die Gefahren für die Umwelt werden bisher vom GEOMAR als gering eingeschätzt, auch wenn es durch CCS zu einer geringfügigen Versauerung von Meeren insbesondere in der Umgebung eventueller Leckagen kommen kann. Die Risiken für derartige Leckagen werden an den untersuchten Standorten allerdings als gering eingeschätzt.

Der Landtag betont den hohen Wert der Nordsee für unser Land und nimmt mögliche Umweltrisiken sehr ernst. Mögliche Folgewirkungen, von technologischen Eingriffen, auf das Ökosystem der Nordsee sind ein elementarer Bestandteil einer differenzierten Debatte über die CCS-Technologie.

Der Landtag wird in seinen zuständigen Ausschüssen angesichts dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse eine Expertinnen- und Expertenanhörung zum Thema CCS-Technologie durchführen. Diese Anhörung soll eine differenzierte Einschätzung über die etwaige Notwendigkeit von CCS zur Erreichung der Klimaziele geben, sowie mögliche Standorte innerhalb der AWZ (außerhalb der 12

Seemeilengrenze) behandeln. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Erarbeitung der Carbon Management-Strategie der Bundesregierung konstruktiv zu begleiten und die Ergebnisse der Expertenanhörung dabei einzubeziehen. Das sogenannte Fracking, bei dem durch das Verpressen von Chemikalien in den Erdboden Erdgas gewonnen wird, lehnt der Landtag weiterhin strikt ab.

Tobias Koch  
und Fraktion

Lasse Petersdotter  
und Fraktion